

# Übersichten

## Außenpolitik

\* (1)

### Die zehn wichtigsten Weltereignisse des Jahres 1988 aus chinesischer Sicht

Wie jedes Jahr gibt die Xinhua-Agentur (XNA, 20.12.88) auch diesmal ihre Einschätzung zur Weltaußenpolitik im vorangegangenen Jahre, indem sie "die" zehn Hauptereignisse hervorhebt:

(1) 14. April: Unterzeichnung des Afghanistan-Abkommens in Genf. Danach soll die Sowjetunion ab 15. Mai 1988 innerhalb von neun Monaten ihre Truppen aus Afghanistan abziehen.

(2) 1. Juni: Die USA und die UdSSR tauschen in Moskau die Ratifizierungsurkunden zum INF-Vertrag aus. Danach begannen beide Länder, wie vereinbart, ihre Mittelstreckenraketen zu vernichten.

(3) 20. August: Feueereinstellung im Krieg gegen Iran und Irak.

(4) 5. Oktober: Die Chilenen lehnen in einer Volksabstimmung den Plan Pinochets ab, erneut für das Präsidentenamt zu kandidieren.

(5) 8. November: George Bush gewinnt die US-Präsidentenwahl.

(6) 15. November: Die 19. Sondersitzung des Palästinensischen Nationalrates proklamiert den Staat Palästina.

(7) 1. Dezember: Benazir Bhutto gewinnt die Wahl zum Ministerpräsidenten. Sie ist die erste Frau der islamischen Welt in einem so hoch gestellten Amt.

(8) 1.-3. Dezember: Mit Qian Qichen reist zum erstenmal seit 1957 wieder ein chinesischer Außenminister in die Sowjetunion. Dort wird u.a. ein chinesisch-sowjetisches Gipfeltreffen vereinbart.

(9) 7. Dezember: Michael Gorbatschow gibt vor der UNO bekannt, daß die UdSSR innerhalb von zwei Jahren ihre Truppen um 500.000 Mann einseitig reduzieren.

(10) 13. Dezember: Angola, Kuba und Südafrika unterzeichnen (unter Vermittlung der USA) in Brazzaville (der Hauptstadt Kongos) ein Protokoll zum Vertrag über den Frieden in Angola und die Unabhängigkeit Namibias. -we-

\* (2)

### Die neue Weltordnung muß auf den Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz beruhen

In der "Alten internationalen Ordnung" trachteten, wie Sonderkommentator Wan Guang hervorhebt (BRu 1989, Nr.1, S.4 f.), die Supermächte nach Hegemonismus, organisierten Militärblocke, betrieben Wettrüsten und rangen in den verschiedenen Regionen der Welt um Einflußsphären.

Die "Neue Weltordnung" müsse demgegenüber auf den Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz beruhen, die ein Produkt der Nachkriegszeit sind. Die Koexistenzgrundsätze umfassen gegenseitige Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, gegenseitigen Nichtangriff, gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitigen Nutzen sowie friedliches Nebeneinanderleben. All diese Prinzipien stünden im Kontrast zur Alten internationalen Ordnung. Das Streben nach Frieden und Entwicklung sei ein dringendes Bedürfnis der heutigen Menschheit. Immer mehr Staaten verlangten nach Selbständigkeit, und auch in den Militärblocken erstarkten die Tendenzen nach Unabhängigkeit. Die hauptsächlich durch Konfrontation der beiden Militärblocke gekennzeichneten Nachkriegsjahre gingen jetzt endlich zu Ende. Es erstarke statt dessen die Tendenz zum Dialog, zur Entspannung sowie zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten und Konflikten.

Neben die Neue Politische Weltordnung müsse auch eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens treten, damit die Kluft zwischen Nord und Süd nicht noch größer werde.

Diese Ziele könnten allerdings nicht von heute auf morgen erreicht werden, sondern bedürften langer und unermüdlicher Anstrengungen.

Von proletarischem Internationalismus ist in Erklärungen dieser Art nirgends mehr die Rede. Früher galt der proletarische Internationalismus als Ausdruck des besonders engen Verhältnisses zwischen sozialistischen Bruderstaaten. -we-

\* (3)

### Signifikante Verbesserung im chinesisch-mongolischen Verhältnis: Unterzeichnung eines "Vertrags über das Grenzsystem"

Am 28. November 1988 unterzeichneten China und die Mongolei in Beijing einen Vertrag über das Grenzsystem sowie über die Behandlung von Grenzfragen. Ziel der Vereinbarung ist es, die Stabilität entlang der rund 4.320 km langen Grenze zu sichern und alle Grenzangelegenheiten gemäß den Prinzipien des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit zu lösen. Der Vertrag legt außerdem Wege zur Behandlung von Grenzfragen und -angelegenheiten fest.

Unterzeichnet wurde das Dokument vom Stellvertretenden chinesischen Außenminister Liu Shuqing, der auch schon gegenüber anderen kritischen Nachbarn, z.B. zu Laos, erste Versöhnungsschritte getan hatte, und von seinem Amtskollegen D. Yondong. Außenminister Qian Qichen war bei der Unterzeichnungszereemonie anwesend.

Yondong wies auf die hohe Bedeutung des Vertrags hin: Die mongolische Volksrepublik habe nur zwei Nachbarstaaten, nämlich die Sowjetunion im Norden und die VR China im Süden und sei auf Freundschaft zu beiden angewiesen. Die Mongolei wünsche, daß auch diese beiden Länder untereinander ihre Beziehungen verbesserten. Ferner mögen Joint Ventures mit gleich drei Teilnehmern, nämlich China, der Sowjetunion und der Mongolei, gegründet werden.



Der chinesische Außenminister erwiderte, daß China seine Beziehungen zum Nachbarn Mongolei auf der Grundlage der "Fünf Prinzipien friedlicher Koexistenz" regeln wolle und daß der Joint Venture-Vorschlag in Betracht gezogen werde. (Der Hinweis auf die "Fünf Prinzipien" zeigt erneut, daß China seine frühere Unterscheidung zwischen "proletarischem Internationalismus" gegenüber sozialistischen Staaten und "Fünf Prinzipien" mit Staaten anderer Gesellschaftsordnung nicht mehr weiterführen will.)

Als Geste des guten Willens war Yondong von den Chinesen eingeladen worden, eine Reise durch die Autonome Region Innere Mongolei durchzuführen.

Beide Seiten hatten - im Zeichen des Sozialismus - bereits im Oktober 1949 diplomatische Beziehungen aufgenommen. Der gemeinsame Sozialismus schien damals schwerer zu wiegen als das tiefe Mißtrauen, das beide Seiten gegeneinander hegten: Ulan Bator gegen Beijing, weil diesem "Rückgewinnungs"-Absichten unterstellt wurden, Beijing gegenüber Ulan Bator, weil dieses seit den 20er Jahren stets eng mit der UdSSR kooperiert hatte.

Beider Bedenken schienen zunächst aus dem Wege geräumt; hatten doch einerseits beide Staaten eine gemeinsame Gesellschaftsordnung, aber auch einen gemeinsamen "Großen Bruder", nämlich die UdSSR. Außerdem rang sich die VR China schon wenige Wochen später in Moskau dazu durch, die Selbständigkeit der Äußeren Mongolei, d.h. also der Mongolischen Volksrepublik, anzuerkennen - ein Schritt, der den Chinesen während vielwöchiger Verhandlungen von Seiten Stalins schmackhaft gemacht worden war, den sie aber später immer wieder bereuten, da sie das Gefühl hatten, die Mongolei "verloren" zu haben.

Immerhin reichte die beiderseitige Freundschaft noch dazu aus, im Mai 1960 einen Vertrag der Freundschaft und gegenseitigen Hilfe zu schließen, in dem nochmals die "gegenseitige Achtung der staatlichen Souveränität und territorialen Unantastbarkeit, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten ..." erwähnt war. (Näheres dazu in dem vom IfA herausgegebenen Band V der "Verträge der VR China mit anderen Staaten", Wiesbaden 1971, S.232 ff)

Am 26.12.1962 wurde dann noch ein Grenzvertrag zwischen beiden Staaten abgeschlossen. In 26 langen Absätzen wurde der Grenzverlauf aufs genaueste festgelegt (ebenda S.240 ff). In Artikel 2 wird die Gesamtstrecke mit nicht weniger als 639 Vermessungsmarkierungen beschrieben, die von 1 bis 639 durchnummeriert sind. Außerdem wurde noch ein Atlas im Maßstab von 1:100.000 zum Gegenstand des Vertrags gemacht.

Solange die beiden mächtigen Nachbarn, China und die UdSSR, miteinander in Frieden standen, konnte die Mongolei beruhigt sein. Mit Beginn der 60er Jahre jedoch kam es zu wachsender Feindschaft zwischen den beiden - und plötzlich sah sich Ulan Bator dazu gezwungen, erneut eine Wahl zu treffen. Es entschied sich bekanntlich für die Sowjetunion, wofür zahlreiche Überlegungen maßgebend waren: Zum einen wirkte das Trauma der Erinnerung an die Mongolei-Politik der Qing-Dynastie nach, die im 17. und 18.Jh. gegen Teile des mongolischen Volkes einen grausamen Eroberungskrieg geführt und bis 1750 fast alle mongolischen Stämme unterworfen hatte. Diese an und für sich mandschurische Politik wurde auch den Chinesen angelastet: es gibt m.a.W. eine mongolische Tradition der Antipathie gegenüber dem chinesischen Nachbarn; darüber hinaus verübelte man es der VR China, daß sie zu einer systematischen "Sinisierung" der Inneren Mongolei übergegangen war, indem sie Millionen von Han-Chinesen in das dünnbesiedelte nördliche Gebiet entsandte; im übrigen konnte man in Ulan Bator das Gefühl nie so richtig loswerden, daß China eines Tages doch wieder die ganze Mongolei annektieren wolle. Aus diesem Grund flüchtete man sich erneut in die Arme des nördlichen Nachbarn. U.a. trat die Mongolei bereits 1962 als erster asiatischer Staat dem COMECON bei. Im April 1963 bat Ulan Bator die VR China, ihre Gastarbeiter zurückzurufen - es waren ungefähr 10.000; 4.000 allerdings blieben bis 1966.

Seinen Tiefpunkt erreichte das sowjetisch-mongolische Verhältnis mit dem Ausbruch der Kulturrevolution. Schon im Januar 1966 war ein neuer sowjetisch-mongolischer Freundschaftsvertrag unterzeichnet worden, der auch militärische Maßnahmen mit einbezog. Die Verteidigungsklausel allerdings wurde nie veröffentlicht, sie war aber der Anfang einer systematischen Sta-

tionierung sowjetischer Truppen und Raketenbasen. Zehn Jahr vorher, nämlich 1956, waren die letzten sowjetischen Truppen aus der Mongolei abgezogen worden. Nun also traten sie erneut auf - und diesmal in wachsender und für China provozierender Stärke. Beijing seinerseits antwortete mit einer Gegenstationierung chinesischer Truppen entlang der Grenzen zur Mongolischen Volksrepublik. Im Sommer 1969 wurde die Autonome Region Innere Mongolei zerstückelt. Mehr als ein Drittel des gesamten Areals wurde Nachbarprovinzen zugeschlagen - eine Maßnahme, die Hand in Hand mit den militärischen Aufmarschaktionen ging. Die Sowjetunion antwortete ihrerseits mit Gegenmaßnahmen, so daß Aufschaukelungseffekte entstanden. Im Zuge dieser Truppenverstärkung kam es 1969 auch zu Gefechten zwischen sowjetischen und chinesischen Einheiten am Ussuri sowie an einigen Stellen entlang der mongolischen Grenze. Erst in den 70er Jahren entschärfte sich die Situation dann langsam. Allerdings erregte die Aufnahme chinesischer Beziehungen zu den USA sowie der vietnamesische "Erziehungsfeldzug" gegen Vietnam wieder extremes mongolisches Mißtrauen. 1983 kam es zu erneuten Spannungen, als die mongolische Regierung mehrere hundert Chinesen des Landes verwies. (Einzelheiten dazu in C.a. Juni 1983, Ü 1)

Doch dann begann langsam Tauwetter aufzukommen. Maßgebend dafür war die Entkrampfung des Verhältnisses zwischen Beijing und Moskau, das sich nun auch auf das Verhältnis Beijing/Ulan Bator niederschlug. Zwei wichtige Anzeichen dafür waren Anfang 1985 die Aufnahme einer direkten Eisenbahnverbindung zwischen Beijing und Ulan Bator während der Touristen-Saison von Juni bis September sowie die Einrichtung eines regelmäßigen Flugverkehrs zwischen beiden Hauptstädten im Oktober 1986. Anlässlich des 25.Jahrestags des Freundschaftsvertrags zwischen beiden Staaten wies die Nachrichtenagentur Unen darauf hin, daß die Mongolische VR stets an einer "Normalisierung" mit Beijing interessiert gewesen sei, daß aber China in den frühen Jahren als Ergebnis des gewachsenen Einflusses nationalistischer Kräfte in der chinesischen Führung vom Marxismus-Leninismus und vom proletarischen Internationalismus abgerückt sei und einen "antisozialistischen Kurs" eingeschlagen habe. (Der damalige KP-General-



sekretär Hu Yaobang richtete anlässlich eines Besuchs in der AR Innere Mongolei freundliche Worte an Ulan Bator. Ausführlich dazu C.a. Dezember 1985, Ü 5)

Eine wirkliche Wende aber trat erst nach der Wladiwostok-Rede des neuen sowjetischen KP-Generalsekretärs Gorbatschow vom 28. Juli 1986 ein. Dabei hatte Gorbatschow erklärt, Moskau wolle einen Teil der sowjetischen Truppen aus der Mongolei abziehen. Ulan Bator reagierte rasch auf diesen Plan und lud einen hohen Vertreter des chinesischen Außenministeriums zu einem Besuch ein. Beijing entsandte daraufhin Vize-Außenminister Liu Shuqing in die Mongolei. Schon vorher war es zur Unterzeichnung eines Kultur- und Sportaustauschabkommens gekommen. Der zweiseitige Handel allerdings hatte sich 1985 auf die bescheidene Summe von 76,5 Mio. \$ beschränkt. Im April 1986 wurde das erste langfristige Handelsabkommen für den Zeitraum 1986-1990 unterzeichnet. Diesem Abkommen zufolge wollte China Seide, Obst und Leichtindustriegüter in die Mongolei exportieren und von dort Bauholz, Leder, Geweihe und ähnliche Artikel einführen.

Kernfrage aber blieb nach wie vor der sowjetische Truppenabzug, der bekanntlich Gegenstand der "Drei grundlegenden Bedingungen" Beijings für eine Normalisierung des sowjetisch-chinesischen Verhältnisses war.

Bereits im Februar und Juni 1986 hatte Gorbatschow dem Wunsch nach einem Gipfeltreffen mit China Ausdruck verliehen - bekanntlich wurde diesem Vorschlag erst beim Besuch des chinesischen Außenministers im Dezember 1988 in Moskau von chinesischer Seite offiziell nähergetreten.

Schon beim Besuch Liu Shuqings Anfang August 1986 war die Frage des Truppenabzugs und der chinesisch-mongolischen Grenze angesprochen worden. Zum Zeichen des beiderseitigen guten Willens kam es damals zur Unterzeichnung eines Konsularvertrags.

Mitte Juni 1987 besuchte eine Delegation des chinesischen NVK unter der Leitung Peng Chongs erneut die MVR, wobei wieder die Grenze zur Sprache kam (XNA, 19.6.87). Bereits wenige Monate vorher, nämlich vom 19.-27. März 1987, hatte die erste Runde der

Verhandlungen über die neuen Abgrenzungsregelungen getagt (XNA, 27.3.87). Am 18. März 1987 waren in Shijiazhuang anlässlich des 66. Jahrestags der Gründung der Mongolischen Volksarmee einige mongolische Soldaten, die während des antifaschistischen Kriegs ihr Leben in China hingegeben hatten, durch eine Kranzniederlegung geehrt worden (XNA, 19.3.87).

Anlaß für die Verhandlungen zum Abschluß eines Abkommens über Wege zur friedlichen Beilegung möglicher Streitigkeiten an der gemeinsamen Grenze war die Befürchtung, daß mit dem Abzug der sowjetischen Truppen das lange Zeit inaktuell gebliebene Thema neuer Grenzstreitigkeiten wieder auftauchen könnte.

Am 7. Dezember 1988 erklärte Gorbatschow vor der UNO, daß die Sowjetunion nicht nur einen Teil der UdSSR-Truppen aus Osteuropa, sondern darüber hinaus den größten Teil ihrer in der Mongolei stationierten Soldaten abziehen werde, wobei nicht auf Gegenleistungen anderer Mächte gewartet werde. China hatte diese Erklärung als eine positive Entwicklung begrüßt. Schon im Juli 1986 sei ein Teilabzug angekündigt worden, doch sei man in Beijing mit der Zahl der abgezogenen Truppen - ihre Gesamtzahl belief sich damals auf rd. 75.000 - nicht zufrieden gewesen. Über die zweite Abzugserklärung jedoch zeigte sich China, wie gesagt, hoch erfreut, und man glaubte chinesischerseits, wohl auch nicht zu Unrecht, einen Teil zu dieser sowjetischen Bereitschaft beigetragen zu haben, nämlich in Form des Besuchs Qian Qichens in Moskau Anfang Dezember sowie in Form der chinesisch-mongolischen Grenzvereinbarung, von der oben die Rede war.

Die Zahl der noch in der MVR stationierten sowjetischen Truppen beläuft sich vermutlich auf 50.000-60.000. Diese Einheiten werden zwar nicht vom einen auf den anderen Tag zurückgenommen, doch hat die Sowjetunion mit ihrem Rückzug aus Afghanistan bereits hoffnungsvolle Zeichen gesetzt, und man ist sich in Beijing wohl inzwischen sicher, daß sich ein analoger Vorgang nun auch in der Mongolei vollzieht.

Bereits am 3. Juli 1986 waren zwischen China und der Mongolei zwei Abkommen über den Grenzhandel geschlossen worden, die sich auf Leichtindustriegüter sowie auf Textilien bezogen. -we-

---

## Innenpolitik

---

\* (4)

### 4. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VII. NVK

Der Ständige Ausschusses des VII. Nationalen Volkskongresses kam vom 31. Oktober bis zum 8. November 1988 in Beijing zu seiner 4. Sitzung zusammen. Auf der Sitzung des ständigen Parlamentsorgans wurden u.a. folgende Beschlüsse gefaßt:

- Verabschiedung des Gesetzes über den Schutz wilder Tiere (yesheng dongwu baohu fa; Text in: RMRB, 9.11.88). Erstmals wurde im Zusammenhang mit der Verabschiedung eines Gesetzes ein konkretes Abstimmungsergebnis bekanntgegeben: 114 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung.

- Verabschiedung eines "Beschlusses des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses über die Stärkung von Demokratie und Rechtssystem und über die Wahrung von Stabilität und Einheit zur Sicherung des reibungslosen Verlaufs der Reformen und des Aufbaus" (Text in: RMRB, 9.11.88). Dieser Beschluß steht in engem Zusammenhang mit den Beschlüssen der 3. Plenartagung des XIII. ZK vom September 1988 und mit den gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Problemen.

- Beschluß über die Veröffentlichung des Entwurfs der Verwaltungsprozeßordnung (Text des Entwurfs in: RMRB, 10.11.88). Ein abgeänderter Entwurf soll 1989 der 2. Plenartagung des VII. NVK zur Verabschiedung vorgelegt werden. -sch-

\* (5)

### 5. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VII. NVK

Die 5. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VII. Nationalen Volkskongresses fand vom 23. bis 29. Dezember 1988 in Beijing statt. Auf der Sitzung wurde u.a. folgende Beschlüsse gefaßt: